

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stainingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1, — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Streifenband M. 1,40.

Anzeigen die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2768.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Zur Frage der gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens. Die sogenannte Arbeiterwohnungs-Frage. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die Zentral-Krankenkasse der Maurer u. Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“. — Centralisation von Krankenkassen. Wohnungswesen in Hamburg. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die englischen Kohlengräber. — Situationsberichte. — Eingeladene. — Gerichts-Chronik. — Arbeiter-Versicherungswesen. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Sprengstoffe und Feuerwaffen.

Zur Frage der gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens.

Besten schon haben wir dargelegt, daß die Wohnungsnot (im umfassendsten Sinne des Wortes genommen) lediglich ein Stück aus dem großen Kapitel der Massenarmuth, die Wohnungsfrage ein Theil der großen sozialen Frage ist. Es würde ein bedenklicher Irrthum sein, in der Wohnungsfrage nur den bloßen Gegensatz zwischen Miether und Vermietter zu sehen. Der Arme, der die Miethz nicht zahlen, der keine Wohnung finden kann, befindet sich für uns in keiner anderen Lage, als Derjenige, der nicht im Stande ist, die Nahrung, die Kleidung oder andere unentbehrliche Bedürfnisse zu beschaffen. Mit Zug und Recht kann deshalb der Satz aufgestellt werden: Die Wohnungsfrage ist eine Lohnfrage.

Bei richtiger Auffassung besagt dieser Satz allerdings etwas mehr, als daß Jemand, der nur ein kleines Einkommen hat, keine große Miethz zahlen kann. Diese Forderung der Wohnungsnot (die übrigens doch etwas an den Anspruch des alten Bräutigam erinnert, daß die große Armuth herrührt „von der allgemeinen Poverth“) ist schon deshalb ungenügend, weil die Wohnungsnot, d. h. die Unmöglichkeit, sich einen den hygienischen Bedingungen und den Anforderungen des ungesicherten Familienlebens entsprechenden Aufenthaltsraum zu verschaffen, weit über die Kreise der Lohnarbeiter und der kleinen Beamten hinaus bis tief in den Mittelstand sich erstreckt. Um dies darzutun, braucht man sich nur die Miethz zu nehmen, aus irgend einer Stadt das Material der Wohnungsstatistik mit dem der Einkommensteuer zu vergleichen.

Ein großer Theil, ja, der größte Theil der armen und mäßig bemittelten Bevölkerung muß verhältnißmäßig zu teuer, d. h. zu einem mit ihrem Einkommen in schroffem Mißverhältnis stehenden Miethpreise wohnen, weil es eben keine billigen Wohnungen giebt.

Die ökonomischen Ursachen dieses Mißverhältnisses, der Wohnungsnot überhaupt, sind Alles in Allem zu sehen in der privatkapitalistischen Wirtschaft, aber nicht nur in dem Theile derselben, wo sich um monopolistische Ausbeutung des Grund und Bodens und der Häuser handelt, sondern in dieser Wirtschaft überhaupt.

Vom Standpunkte sozialpolitischer Betrachtung kann die Analogie zwischen dem Miethvertrage und dem Arbeitsvertrage nicht geleugnet werden. Volkswirtschaftlich und praktisch findet auf den Miethvertrag alles das Anwendung, was auf den Arbeitsvertrag Anwendung findet.

Man hat lange Zeit angenommen, daß der Arbeiter selbst im Stande sei, sich die Arbeitsbedingungen zu sichern; die für sein Wohlergehen erforderlich sind. Man hat übersehen, daß der einzelne Arbeiter dem Unternehmer gegenüber ohne Macht hierzu ist. Er kann nicht erklären: „Der Fabrikraum ist ungesund, in einem solchen arbeite ich nicht; der Arbeitsstunden

sind zu viele, sie lassen mir nicht die nöthige Zeit zur Erholung.“ Er kann auch da, wo der Lohn der erwachsenen Arbeiter nun einmal niedrig steht und daher die Kinderarbeit durch die Verhältnisse geradezu erzwungen wird, nicht verbieten, daß Kinder in die Fabrik gehen. Er kann nichts dagegen thun, wenn im Betriebe die nöthigen Sicherheitsvorrichtungen fehlen. Der Arbeiter, der derartige Bedingungen machen wollte, würde einfach keine Arbeit finden und wäre brotlos. Er ist also genöthigt, sich den Bedingungen zu unterwerfen, sich in die Lage zu schicken, die ihm der Unternehmer bietet.

Gerade aus der Erkenntniß heraus, daß von einer wirklichen Freiheit des Arbeitsvertrages keine Rede sein kann, hat man angefangen, diesen Vertrag mit einem ganzen System von Gesetzen zu umgeben, die lauter Dinge vorschreiben, die sich das Unternehmertum freiwillig nicht auferlegen würde. Man hat Vorschriften gegeben über das Maß, bis zu welchem die Arbeitskraft der Frauen, Kinder und jugendlichen Arbeiter ausgenutzt werden darf. Man hat die Unternehmer bei eigener Verantwortlichkeit verpflichtet, dafür zu sorgen, daß im Betriebe alle Einrichtungen vorhanden sind, die mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte zur thunlichsten Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit gefordert werden müssen. Man hat eigene Beamte eingesetzt — die Fabrikinspektoren — deren hauptsächlichste Aufgabe es ist, die Betriebe in dieser Beziehung zu kontrolliren.

Es ist eine der gerechtfertigtesten Forderungen der Arbeiter, daß diese Arbeiterschutzgesetzgebung eine noch viel weitere Ausdehnung erhalt.

Da darf man wohl sagen, daß eine ganz genaue Analogie vorliegt zwischen dem, was beim Arbeitsvertrage und dem, was beim Miethvertrage in Betracht kommt und zu thun ist. Der Vermietter repräsentirt dem armen und unbemittelten Miether gegenüber, der froh sein muß, wenn er überhaupt nur eine Wohnung findet, genau so die wirtschaftliche Uebermacht, die möglichst willkürlich und rücksichtslos ihren Vortheil wahrnimmt, wie der Arbeitgeber gegenüber dem Arbeitnehmer.

Daraus ergibt sich aber, daß die Lage der Miether ebenso wie die der Lohnarbeiter nur durch eine sich den besonderen beim Miethvertrage vorliegenden wirtschaftlichen Verhältnissen anschließende Gesetzgebung zu bessern ist. Die Art und das Maß der Verdrückung des Wohnungsbedarfes muß ebenso gesetzlich geregelt werden, wie die Art und das Maß der Arbeitsleistung bereits eine gesetzliche Regelung erfahren hat und noch weiter erfahren wird.

Man wende nicht ein, daß durch eine derartige Gesetzgebung die „Freiheit“ des Miethers oder des Vermietthers unzulässig beschränkt werde. Der Miether „will“ nicht die ungesunde Wohnung nehmen, in der er, seine Frau und seine Kinder aus Mangel an Luft und Licht verkommen, in der sie wegen übergroßer Zusammenbrängung von Menschen Gefahr an Gesundheit und Sittlichkeit erleiden. Nein, er muß sie nothgedrungen nehmen, weil er eine andere nicht findet oder nicht bezahlen kann, — ganz ebenso, wie er dulden muß, daß seine Frau und seine Kinder in die Fabriken gehen, weil er allein nicht den Unterhalt für die Familie erwerben kann. Fänden sich aber Miether, die dumm oder gewissenlos wären, zu erklären: „Es geht Niemand etwas an, wie ich meine Frau und meine Kinder unterbringe; ich verbitte mir jede Einmischung des Staates darin,“ so wäre diese „persönliche

Freiheit“ ebensowenig zu respektiren, als die eines Fabrikarbeiters, der erklären würde, er wolle sich, sein Weib und seine Kinder durch übermäßig lange Arbeit dem Siechthum und frühem Tode überantworten. Nicht minder unbegründet ist der Einwand, daß der Häuserbau ja noch mehr erschwert würde, wenn das Erträgniß der Wohnungen durch Verbot der Ueberfüllung, durch Zwang der Instandhaltung des Hauses u. eine Verminderung erlösre. Er verdient nicht mehr Beachtung, wie der des Fabrikanten, der etwa erklärt: „Wenn ich Löhne zahlen soll, von denen meine Arbeiter menschenwürdig leben können; wenn ich auf die Nacht- und Sonntagsarbeit, auf die Ausnutzung der Frauen- und Kinderarbeit verzichten soll, kann ich meine Fabrik nicht mehr führen.“

Ein Gesetz, das feststellt, welchen Anforderungen die Wohnungen in gesundheitlicher Beziehung genügen sollen würde, selbst wenn es zur Schließung einer Anzahl schlechter, unbrauchbarer Wohnungen und Häuser führte, doch nicht die Wohnungsproduktion erschweren, sondern es würde hauptsächlich erst eine der Grundlagentheile schaffen, auf denen allein sich die Wohnungsproduktion in angemessener Weise entwickeln kann; gerade so wie die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Arbeiterversicherung erst den Grund mit legen für eine gesunde Umgestaltung unserer Volkswirtschaft, die niemals möglich ist, so lange die Masse der Arbeiter in fortwährender Nothlage sich befindet.

Es ist aber auch erforderlich: die gesetzliche Regelung des Miethverhältnisses. Die betreffenden Bestimmungen müssen sich hauptsächlich auf die Gestaltung des Miethprozesses, insbesondere bei Räumungsklagen, erstrecken. Abgesehen von dem Vorgehen gegen Händlase, böswillige Schuldner, die selbstverständlich keine Rücksichten verdienen, ist zu sagen, daß die Exekution, die den Miether obdachlos, ihn, seine Frau und seine Kinder auf's Straßenpflaster wirft, sein Arbeitsverhältnis unterdrückt, nicht ohne Weiteres an die Thatsache anknüpfen darf, daß der Miether einen Theil der Miethz nicht zahlte.

Es handelt sich nun aber beim Miethprozeß, insbesondere bei den Streitigkeiten zwischen den Mietlern und Vermiettern der kleinen Wohnungen, meistens um Dinge, die richtig verstanden und gewürdigt werden können nur von Leuten, denen die Bedürfnisse und Verhältnisse der unteren Klasse ganz genau bekannt sind. Unsere Berufsrichter, die bekanntlich fast ausschließlich aus den vermögenden Kreisen stammen, in den Anschauungen und Vorurtheilen dieser Kreise aufgewachsen und erzogen worden sind, erwerben sich diese Bekanntschaft vielleicht im Laufe der Jahre. Sie haben sie an und für sich nicht, und man kann es in jeder Amtsgerichtsitzung sehen, wie besonders die jüngeren Richter häufig garnicht im Stande sind, sich eine Vorstellung davon zu machen, inwieweit die Forderungen, die der Miether erhebt (daß die Wohnung schwere Fehler habe u.), oder die Klage des Vermietters über mißständigen Gebrauch der Wohnungen durch den Miether begründet sind, oder ob sie nur vorgebracht werden, um die Auflösung des Miethverhältnisses, je nach dem Stande der Partei, in eintauscher Weise zu verzögern oder zum Schaden des Miethers zu übermitteln.

Man hält es für selbstverständlich, daß in den Schöffengerichten die etwa mangelnde praktische Lebenserfahrung des Berufsrichters ersetzt und ergänzt wird durch die Mitwirkung von Männern aus dem Volke selbst, die mit ihm gemeinsam die Anklage beurtheilen. Man verlangt, daß Handelsachen nur

unter Zuziehung erfahrener Kaufleute entschieden werden. Wir haben für Entscheidung der Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag zwischen Arbeitern und Unternehmern die gewerblichen Schiedsgerichte, in denen Vertreter beider Theile Sitz und Stimme haben.

Weshalb sollten die Mietzstreitigkeiten, die ja in allen Beziehungen mit den oben erwähnten Streitigkeiten analog sind, nicht in ähnlicher Weise entschieden werden? Können sie anstatt vor den Einzelschlichtern vor ein Gericht, in dem sachkundige Männer sitzen, denen die Verhältnisse, unter denen die arbeitenden Klassen existieren, genau bekannt sind, so dürfte sehr wohl, ganz ebenso wie es bei den Gewerbe-gerichten möglich ist, auch hier eine einzige Instanz anzusetzen und ein schnelles und wenig kostspieliges Verfahren eingeführt werden können. Man könnte ohne Weiteres vorschreiben, daß den Gewerbe-schiedsgerichten selbst die kleineren Mietzstreitigkeiten überwiesen würden. Die von der Gewerbeordnung ins Auge gefaßten Arbeitnehmer werden fast ausnahmslos Mieter kleiner Wohnungen sein, und die Arbeitgeber zum großen Theil die Vermiether jener Wohnungen darstellen.

Arbeiter- und Unternehmervertreter, wie man sie beim gewerblichen Schiedsgericht hat, werden naturgemäß mit den Verhältnissen der Unbemittelten besser und genauer vertraut sein, als der gelehrte Richter nach seiner ganzen Vorbildung sein kann. Es stehen sich eben beim Mietzvertrag wie beim Arbeitsvertrag Besitzende und Besitzlose gegenüber, Leute, die im Besitz der Arbeits- bzw. Wohngelegenheit sind, und Leute, die solche suchen, oder, mit anderen Worten: Leute, die es aushalten können, bis sich ein anderer Mieter oder ein billigerer Arbeiter zeigt, und Leute, die keine Möglichkeit des Abwartens haben, weil sie arbeiten müssen, um anderen Tages essen zu können, und die wohnen müssen, um nicht in der Arbeit unterbrochen zu werden.

Der Satz: „Die Wohnfrage ist Lohnfrage“ bewahrt sich auch hier; die Parteien der Wohn- und Lohnstreitigkeiten sind zum großen Theil dieselben, und damit ist auch die gleiche prozessuale Behandlung beider gerechtfertigt.

Die sogenannte „Arbeiterwohnungs-Frage“

verursacht den Vertheidigern der bestehenden Wirtschaftsordnung viel Kopfschmerzen. Sie wissen nicht mehr, wie sie diese „Frage“ lösen sollen. Fortgesetzt doktrieren sie an dem Problem herum, ohne zu einheitlichen Grundrissen zu gelangen. Das ist ja auch erklärlich, denn dieses ganze Verhältniß läuft ja doch nur auf ein sozialpolitisches Experimentiren hinaus.

Auch der hier erscheinende „Norddeutsche Bau-gewerks-Anzeiger“ beschäftigt sich in seiner Nr. 8 mit der Frage. Er schreibt:

„Schon seit Jahren bemüht man sich, überall die Wohnungen für die unbemittelten Stände zu verbilligen und zu verbessern. Gemeinnützige Bau-gesellschaften, Baugenossenschaften und andere Vereinigungen sind entstanden und im Entstehen begriffen, um die angestrebten Ziele in die Wirklichkeit zu über-tragen. Im Allgemeinen möchten wir behaupten, daß

namentlich recht Vieles gegen die Ausführung sog. Arbeiterkasernen spricht. Es ziehen die Arbeiter recht ungern in solche Quartiere, und hat der Arbeiter die Wahl und berückt gerade keine Wohnungsmoß, so wird er diese Kasernen meiden. Da aber namentlich in Großstädten erfahrungsmäßig stets Wohnungsmangel mit Wohnungsüberfluß wechseln, so ist solchen Kasernen bezw. Bauquartieren gerade keine besondere Bläthe zu prophezeien. Auch aus sozialen Gründen ist es nicht rathsam, die Entstehung von ausschließlichen Arbeiter-Mietzkasernen zu fördern, da sie entschieden den sozialistischen Ideen mehr Nahrung geben, als wenn eine Mischung von Arbeiterwohnungen und solcher für besser Situirte vorhanden ist.

„Wir halten es deshalb für richtiger, wenn Reiche und Arme, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gebildete und Leute mit einfacher Erziehung in einem Bau-quartier wohnen, wie dies z. B. durch größere Woh-nungen in Vorderhäusern und kleinere in Hinterhäusern erzielt wird. Es werden hierbei die weniger Be-mittelten von den Wohlhabenderen Nutzen ziehen und die besser situirten Stände werden einen Einblick in die Verhältnisse kleiner Leute gewinnen. Wir halten dies für viel nützlicher, als eine kastenartige Ab-schließung durch Arbeiter-Mietzkasernen.“

„Soll eine Verbilligung der Wohnungen für die arbeitende Klasse angestrebt werden; so geschieht das am besten durch eine einfache, aber solide Ausführung unter Berücksichtigung genügender hygienischer Ver-hältnisse. Alles kosspielige Weiwert, als: Stuckdecken, theuere Fußböden, theure Decken, kostbare Treppen und Malereien etc. sind zu unterlassen und in jeder Be-ziehung an solchen Dingen zu sparen, welche nur dem äußeren Zugus dienen. Die letzten Jahrzehnte haben an vielen Orten einen übertriebenen Zugus gezeigt und recht viel dazu beigetragen, den Arbeitern und sonstigen kleinen Leuten den Kopf zu verkehren. Die verschiedenen Gesellschaften haben oft recht gewagte und ungewandmähige Experimente zur Herstellung billiger Arbeiterwohnungen gemacht, die aber alle bislang wenig Anerkennung in den betheiligten Kreisen gefunden haben; ein Beweis also, daß sie bei allem guten Willen und den besten Bestrebungen das Richtige und Passende nicht gefunden haben. Unsere Hamburger Verhältnisse, wie sie namentlich in den Vororten bestehen, verdienen nur Anerkennung, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie solide und gut unter Berücksichtigung einer wirklich praktischen und hygienischen Bauweise hergestellt werden.“

„Die kleinen Wohnungen in allzugroßer Ent-fernung von den Städten sind noch nicht beliebt, einestheils sind die Verbindungen nicht immer ge-nügend, anderentheils wohnen gerade diejenigen Arbeiter, deren Beschäftigung nicht immer in demselben Stadt-theil ist, möglichst gern in der Nähe des Zentrums. Alle Bestrebungen, welche jetzt hervorgerufen, den kleinen Mann zu unterstützen, und seit zehn Jahren beschäftigen wir uns ja kaum mit etwas Anderem, sind ja recht anerkennens- und lobenswerth, doch aber auch zum Theil nicht den praktischen Bedürfnissen entsprechend; abgesehen davon, daß bald Mangel, bald Ueberfluß an kleinen Wohnungen ist, ändern sich auch Ver-hältnisse und Bedürfnisse oft schnell und wird es immer schwer bleiben, die Aufgabe nach rein theoretischen Erörterungen lösen zu wollen. Jedenfalls ist für

Hamburg gar kein Grund vorhanden, durch irgend welche Vereinigungen Arbeiterwohnungen schaffen zu wollen, da die private Bauthätigkeit mehr als genügend dafür gesorgt hat.“

So der Artikel. Der gute Mann, der denselben verbrochen hat, ist ein großes Kind auf dem Gebiete der sozialpolitischen Reformfragen. Ist es doch gerade die sozialdemokratische Arbeiterkassette, welche von jeher mit größter Entschiedenheit das Mietzkasernen-Unwesen bekämpft und die Hälfte der Besetzung gegen dasselbe gefordert hat. Nun kommt man und erklärt, die Beseitigung der ausschließlichen Arbeiter-Mietzkasernen sei ein gutes Mittel gegen die sozial-istischen Ideen. Es ist das Gewicht zu legen auf das Wort „ausschließlich“. Der geschickte Reform-er im „Nordd. Bau-gew.-Anz.“ will nicht die Mietz-kasernen überhaupt beseitigen, nein, nur die kasten-artige Abschließung der Wohlhabenderen und so-genannten „Gebildeten“ von den Arbeitern in diesen Kasernen. Die Reichen, die Arbeitgeber, die „Gebildeten“ sollen mit den Arbeitern näher zusammenwohnen, um ihren Einfluß auf dieselben geltend zu machen und sie vor den sozialistischen Ideen zu behüten. Die besser Situirten in den Vorderhäusern, die Arbeiter in den Hinterhäusern.

Fällt natürlich der „besseren“ Gesellschaft garnicht ein! Es ist nicht angenehm und führt die gute Ver-bauung und die „Harmonie der Gefühle“ der besser Situirten, wenn sie die Noth, das Elend der arbeitenden Klasse beständig vor Augen haben. Sie schließen sich ab in ihren Villen-Quartieren, um ungehörten den Freuden der Besitzübermacht leben zu können. Würden sie den ihnen ertheilten Rath, sich nicht kastenartig von den Arbeitern abzuschließen, wirklich befolgen, so dürften sie bald erfahren, daß die Arbeiter sich von ihnen nicht beeinflussen lassen; die „Gebildeten“ müßten bald einsehen, daß sie in der Regel alle Ur-sache hätten, sich zu bemühen, von den Arbeitern noch etwas zu lernen, sowohl im Punkte der sozial-politischen Erkenntniß, als im Punkte der Moral. Entschieden zu mißbilligen ist der Vorschlag, an Arbeiter-wohnungen all und jeden Zugus zu sparen. Als ob der Arbeiter dazu verurtheilt sein müßte, zu verzichten auf Alles, was dem Auge und dem Schönheitsgefühl Rechnung trägt! Deplorabile Ausstattungen des Hauses und der Wohnräume ist ein nicht zu unterschätzendes Erziehungsmittel. Und wir müssen es als einen Ausfluß bemittelndewerther geistiger Beschränktheit bezeichnen, wenn Jemand erklärt: übertriebener Zugus habe „recht viel dazu beigetragen, den Arbeitern und sonstigen kleinen Leuten den Kopf zu ver-kehren.“!!! Daß in den Behausungen dieser Leute von „übertriebenem Zugus“ nichts zu beobachten ist, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen. Uns ist es unerfindlich, wie eine gefällige Einrichtung, auf der das Auge mit Verliebigung ruht, an der das Schönheitsgefühl und der Geschmack sich entwickeln kann, einem Menschen „den Kopf verkehren kann“. Wer das zu behaupten wagt, dessen Kopf ist selbst verdreht! Und wenn's gar ein Baugewerbe-treibender ist, der solchen Anstun von sich giebt, so beweist er damit, daß er für die wirtschaftlichen Inter-essen des Gewerbes kein Verständniß hat. Die Zugus-arbeiten an den Gebäuden der Reichen reichen wahrlich nicht aus, dem Baugewerbe eine tunsftimmige Entlastung

Sprengstoffe und Feuerwaffen.

(Schluß.)

Was die vielberühmte Gefährlichkeit dieser Sprengstoffe anbetrifft, so ist dieselbe garnicht so groß, wie ängstliche Gemüther gerne glauben und Anderen einreden wollen; im Allgemeinen bietet eine (natürlich ohne Händhaken) mit Steinloche auf brentendes Pulver geladene Dynamitpatrone keinerlei Explosionsgefahr, sondern verbrennt ruhig, allerdings heftig. Es ist ein bekanntes und ziemlich gefahrloses Kunststück von Dynamitfabrikanten, eine Dynamitpatrone in freier Hand ab-zubrennen. In heftige Explosion und Detonation dagegen ge-langen diese Sprengstoffe, wenn sie durch ein hartes explo-direndes Händhaken (Kupferhaken) entzündet werden. Bei der Anwendung wird den Dynamitpatronen daher als Händhaken ein hartes Händhaken angehängt, das durch den elektrischen Strom oder Stöß Schlag usw. entzündet, die Dynamitpatrone zur Explosion bringt. — Noch etwas größer als die Spreng-kraft des Nitroglycerins ist die theoretisch berechnete Kraft der explosiblen Pikrinsäure, die der Hauptbestandtheil des sogen-annten Pikrins ist. Hier ist die Explosionsgeschwindigkeit der Pikrinsäure (die übrigens auch ein sehr gefährlicher Farbstoff, namentlich für Gelbe, ist) eine bedeutend geringere, und haben Pikrinsäurepräparate deshalb bisher als Sprengstoffe noch keine Anwendung finden können. — Bei Dynamit und Schießbaumwolle erfolgt die Explosion so rasch, daß die Entzündung in der Sekunde eine Strecke von 6000 Metern durchläuft, d. h. wenn man eine 6000 Meter lange Reihe nebeneinander gelegter Dynamitpatronen an dem einen Ende anzündet und dadurch die erste Patrone zur Explosion bringt, würde bereits binnen einer Sekunde die Explosion sich von Patrone zu Patrone die ganze 6000 Meter (fast eine Meile) lange Strecke hindurch fortgepflanzt haben und die letzte Patrone explodirt sein.

Eine weitere Reihe weit furchtbarer Sprengstoffe sind Chlor-säure, Jodsalpöter und ähnliche Substanzen. Freilich haben diese niemals eine praktische Anwendung gefunden und werden sie nie finden, weil ihre Entzündbarkeit eine so große ist, daß z. B. Chloräthyl schon durch die leiseste Berührung mit vielen Körpern, wie z. B. Oelen, zur Explosion gebracht wird. Ja, trodener Jodsalpöter explodirt schon auf die furchtbare Weise durch gewisse Löhne, so daß er schon zu heftiger Detonation gelangt, wenn z. B. in der Nähe ein Hund zu wülfen anfängt! Ein solcher Sprengstoff ist begreiflicherweise nicht mehr praktisch anwendbar.

Betrachten wir aber die Sprengstoffe etwas näher, so finden wir bei allen etwas Gemeinsames. Es sind nämlich sämtlich Gemische Körper, deren Bestandtheile eine sehr geringe Verbrand-barkeit zueinander besitzen, und die daher nur durch die Kraft des Gemisches, gemischtemassen gewollt, vereinigt worden sind, daher auch bei dem geringsten Anstoße sich wieder trennen. So z. B. ist Dynamit, oder vielmehr Nitroglycerin, der wirksamste Bestandtheil des Dynamits, salpetersaures Glyzerin. Direkt würden salpetersaure und Glyzerin, zusammengebracht, sich nicht vereinigen. Bringen wir aber Glyzerin in ein — natürlich sorgfältig abgefaßtes — Gemisch von zwei Theilen toncentrierter Salpetersäure und drei Theilen toncentrierter Schwefelsäure, so entsteht die Schwefelsäure, die sehr wasserbelegig ist, dem Glyzerin Wasserstoff, der Salpetersäure Wasserstoff und Sauer-stoff, und bildet daraus Wasser, mit dem sie sich verbindet, und die Reste des Glyzerin und der Salpetersäure vereinigen sich zu Nitroglycerin, das sich, wenn man nach vollendeter Reaktion — etwa nach einer Viertelstunde — das ganze Gemisch in Wasser gießt, als gelbliches Öl am Boden ausfällt. Es wird nur von Kieselgur oder Sägelphänen oder Schießbaumwolle aufgelassen und in Patronenformen gepreßt. — In derselben Weise entsteht aus Baumwolle (Watte, Sägelphänen, Holzstoff) Schießbaumwolle oder Celluloid, aus Mannitquader Nitro-

manit usw. Ueberhaupt bilden die meisten brennbaren Körper in obigen Säuregemisch Nitrokörper, und diese sind so gewöhnlich Explosivstoffe, daß es als eine besondere Merkwürdigkeit auf-gefaßt wird, wenn einmal einer von ihnen nicht explodirt ist. — Wie in diesen Nitrokörpern, so ist allgemein meist Stickstoff ein Bestandtheil der Sprengstoffe, weil gerade Stickstoff dasjenige Gemischelement ist, das eine nur sehr geringe Verbindungs-lust zu anderen Elementen besitzt. So ist im Schießpulver das wirkende Prinzip der Salpeter oder des salpetersauren Kalls, das aus Stickstoff, Sauerstoff und Kall besteht. So ist im Schießpulver nun noch mit Eisen wie Schwefel und Kohle zusammen, die den Sauerstoff in Beschlag zu nehmen suchen, so ist der Rest des Salpeters in seine Bestandtheile um so leichter möglich und es genügt daher ein Anstoß dazu, durch Ent-zündung eines Pulverbrändens, um die chemische Zerlegung — die wie alle heftigsten chemischen Vorgänge unter Feuerwirkung und Wärmeerzeugung abläuft — durch die ganze Masse fortzu-pflanzen. Ein Stäbe des salpetersauren Kalls, des Salpeters, wird auch chloraures Kall verwandt (das bekannte, zum Salgen benutzte und in größeren Mengen giftige Salz, welches mit brennbaren Körpern zusammen heftig explodieren kann und daher vorsichtig aufzubehalten werden muß). Es wirkt noch heftiger wie Salpeter. Eine Mischung von chloraurem Kall mit einem brennenden Körper, z. B. Zucker, ist der Satz der bengalischen Flamme, und brennt, angezündet, mit glänzender, rötlich-weißer Flamme ab, während ein Zulag von Kochsalz die Flamme gelb färbt (von salpetersauren Strontian oder Barium weiß oder grün); ein häufiges Experiment, das sich Jeder selbst anstellen kann, indem er sich in der Drogenhandlung für 5 ct chloraures Kall kauft und mit ebensoviele Zucker mischt, einen Theile davon auch noch etwas Kochsalz zufügt und entzündet. Die Sprengstoffe bestehen also sämtlich aus einem leicht zerlegbaren Stoff, meist einer Stickstoffverbindung, und weiteren Stoffen, die einen Theil der Bestandtheile des letzteren in Be-

zu sichern. Je mehr Studdecken, theuere Fußböden, theuere Oefen, kostbare Treppen und Malereien zc. im Bauwesen Verwendung finden, je besser für das Gewerbe. Das Beste für das arbeitende Volk!

Der gebildete Mensch, der Kulturmenschen verlangt die Vereinfachung des Notwendigen und Nützlichen mit dem Angenehmen. Es würde schlimm um die nationale Wirtschaft stehen, wenn das arbeitende Volk so ganz und gar im Wohnungswesen die Erzeugnisse des Kunsthandwerks entbehren sollte. Möglichst zugänglich sollen sie ihm gemacht werden. Wirklich übertriebener Luxus findet sich nur in den Kreisen der oberen Beamtenschaft. Der Luxus, den das arbeitende Volk verlangt und verlangen darf, ist frei von jener frivolität, die das Luxusbedürfnis der "besseren" Gesellschaft so oft charakterisirt.

Der Artikelschreiber hat endlich keinen berechtigten Anlaß, das Hamburger Wohnungswesen herauszustreichen. Die große Masse der auf das Wohnungsbedürfnis der "kleinen Leute" berechneten Miethshäuser lassen im Punkte solider, wirklich praktischer und hygienischer Bauweise unendlich viel zu wünschen übrig.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Die letzte Gewerbe-Ordnungs-Novelle sieht beinahe eine Uebergangsstufe zu der endgültigen Einführung der Jugendzeit in Bezug auf die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern in Fabriken. Diese Uebergangsstufe erreicht nun mit dem 31. März d. J. ihr Ende. Wie dahin ist es möglich, daß noch schulpflichtige Kinder in Fabriken und in Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Arbeitskräfte zur Anwendung gelangen, beschäftigt werden. Vom 1. April 1894 ab wird kein schulpflichtiges Kind mehr in den Fabriken und in den bezeichneten Werkstätten zur Arbeit herangezogen werden dürfen. Für den jugendlichen Arbeiter, d. h. diejenigen im Alter zwischen 14-16 Jahren, tritt nunmehr die zehnständige Arbeitszeit in Kraft.

Ein Bild aus dem Gegenwartskampf. Die Noth unter den Weibern und Mätern Sachsens nimmt immer größere Dimensionen an. In G r u m b a c h glebt es Weiber, die bei einer Thätigkeit bis Nachts 12 Uhr vom M. 6-7 die Waage verdienen, ältere Leute müssen mit M. 2.50-4 zufrieden sein. In der Familie des Weibers A. herrscht schon länger Zeit das größte Elend, hervorgerufen durch die lange Arbeitslosigkeit. Die Frau konnte nicht mehr genügend Brod herstellen, um den ausbleibenden Hunger der Kinder zu stillen, sie wurde niedergeschlagen und trübfinnig. Vor einigen Tagen nun, die Noth war auf's Höchste gekommen, vermochte sie das Geschick der Kinder nach Brod nicht länger mehr zu ergründen und suchte freiwillig den Tod in einem Teich. — Wieder eine furchtbare Anklage gegen das heutige System, das Einzelnen ein Schlimmeres als gewöhnlich während Hungerzeiten im Elend verkommen. Desfalls fort mit diesem System!

Die Arbeitslosigkeit ist in Amerika eine ebenso große als bei uns. Die von den hungernden Proletariats hart bedrückten Behörden müssen zum Mindesten den Versuch machen, die Noth zu lindern. In D o s t o fand, wie der Frankfurter Zeitung gemeldet wird, am 20. Februar eine Versammlung von Arbeitslosen statt, bei der 5000 Personen besetzt war. Nachdem einige sozialistische Redner gesprochen, zog die Masse ruhig und — wie das in Amerika selbstverständlich ist, ohne von dem Polizeikommando bebroht zu werden, nach dem Staatsgebäude, um eine Abordnung von zwei Mann an den Gouverneur abzusenden. Man bedeutete ihm, daß die Legislative es diesmal nicht bei Worten bewenden lassen dürfe, man wolle Thaten sehen. Schließlich verließ sich die Menge, nachdem der Sprecher der gesetzgebenden Versammlung angelobtet hatte, daß ein Auschuß eingesetzt worden sei, um Mittel zur Beseitigung der Noth in Vorschlag zu bringen.

Die Zentral-Krankenkasse der Maurer zc. Deutschlands, "Grundstein zur Eingetragenen".

(E. S. Nr. 7, S. 11. Altona.) Die in der Nummer 8 des "Grundstein" vom 24. Februar d. J. vom Vorstand und Ausschuß der Kasse gegebene Erklärung der Kassenebenämter ist jetzt unter Allen die heilige Pflicht auf, eingehaft darüber nachzudenken, ob die Kasse auch fernere in so wie bisher bestehen kann.

Es ergibt sich aus den angeführten Zahlen, daß an dem zu beschaffenden Reservefonds circa M. 40 bis 42 000 fehlen. Nach § 25 des Gesetzes über die eingeschriebenen Gattungen vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884 hat die Kasse einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzusammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen. So lange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Drittel des Jahresbetrages der Kasseneinträge auszuführen. Weiter heißt es in § 26, Absatz 1:

Ergeht sich aus den Jahresabschlüssen der Kasse, daß die Einnahmen derselben zur Deckung ihrer Ausgaben einschließlich der Rücklagen zur Annullierung und Ergänzung des Reservefonds nicht ausreichen, so ist entweder eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kasseneinnahme herbeizuführen. Also entweder die Beiträge erhöhen, oder das Krankengeld heruntersetzen, etwas Anderes giebt es hiernach nicht.

Nun haben wir zunächst zu untersuchen, ob die Beiträge für die jetzigen Leistungen nicht schon hoch genug sind, und ferner, was die Hauptursache der bisherigen fortwährenden Erhöhung der Beiträge gewesen ist.

Im Verhältnis zu vielen anderen, namentlich den lokalen, Kassen sind die jetzigen Beiträge schon viel zu hoch, und jedes Mitglied sagt sich heute schon, daß die Beiträge nicht höher gemacht werden können, wenn die Leistungen dafür nicht erhöht werden können, und daher darf das Gegentheil auf keinen Fall stattfinden. Besteres heißt die Mitglieder mit Gewalt aus der Kasse herausstreifen, womit die Zentralkasse ihre große Bedeutung verlieren würde und ihre Lage hiermit gefährdet wäre.

Der Vorstand fragt mit Recht aber die ergrüntesten Aufwendungen für diejenigen Mitglieder, die außerhalb einer ärztlichen Verwaltungsstelle wohnen. Die solofastischen Rechnungen über Ärzte, Redigir und Fahrgelder sind geradz unüberhörl. Diese Einzelmitglieder fragen die Kasse zu Grunde, wenn es so weitergeht. Man kann ihnen freilich die einmal erworbenen Rechte nicht so ohne Weiteres nehmen. Wohl kann im Statut festgesetzt werden, daß in Zukunft sich solche Mitglieder, wenn sie erkranken und Ansprüche auf die Kasse machen wollen, in den Bereich der nächsten örtlichen Verwaltungsstelle zu begeben haben; das würde aber für die jetzigen Mitglieder keine Mühseligkeit haben, sondern nur für die nach Inkraftsetzung des neuen Statuts neu eintretenden Mitglieder.

Die Kasse wird diese Last nicht los, außer — durch Auflösung.

Wenn wir die Abrechnungen sämtlicher Krankenkassen während der ersten Jahre ihres Bestehens genau betrachten, so finden wir, daß gerade die kleineren örtlichen Verwaltungsstellen Ueberschüsse gemacht haben, während sie in den letzten Jahren Defizits machten. Auch waren im Anfange durchgehend die Leistungen der Zentralkassen höhere, als die der Lokalkassen.

Woher kommt das? Die Frage ist leider nur damit zu beantworten, daß im Anfange gerade die Mitglieder ländlicher und kleinerer städtischer Dörfer eine gewisse Furcht hatten, einen Arzt in solchen Krankheitsfällen, bei geringen Leistungen u. v. zu konsultiren. Das ist im Laufe der Jahre anders geworden. Man hat in Erfahrung gebracht, daß es sehr leicht ist, vom Arzt die Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit zu erhalten, und darauf gemäß, Krankengeld zu beziehen, und hieron ist denn auch der augensichtliche Gebrauch gemacht worden. Welchen die Beiträge in solchen Dörfern nicht aus, dann wird an die Hauptkasse geschrieben, und der Zufuß muß erfolgen.

In den größeren Verwaltungsstellen ist es freilich auch nicht das Selbstvertrauen, welches den Einzelnen abhält, sich so leicht läßt zu melden — nein, der Eine kennt den Anderen zu genau, er genirt sich, er fürchtet, denutzigt zu werden, auch findet durchgehends eine stärkere Kontrolle über die Kranken statt. Während die Mitglieder in den Dörfern, wo die Defizits gemacht werden, diese auch allein denken, dann würden sie im Allgemeinen eine viel stärkere Kontrolle über ihre Kranken führen. Auch dieser Umstand läßt sich nicht anders beseitigen, als dadurch, daß die Zentralkasse aufgelöst wird und eine andere

Organisation an deren Stelle tritt. Oder glaubt man vielleicht, daß man die Zentralkasse auflösen kann, ohne an deren Stelle eine andere Organisation zu schaffen? Wenn eine solche Organisation der Maurer Deutschlands nur zum Wohl des Alter führt, das Gegentheil ist aber nur zu einer Arme ohne Waffen dempelt, so ist doch klar, daß man alles Dasjenige, was dazu beiträgt, die Organisation zu beseitigen, mit Freuden begrüßen sollte. Ein zentralisiertes Kranken- und Sterbekassenwesen wird am allermeisten dazu beitragen, die deutschen Maurer aneinander zu fesseln. Ohne ein zentralisiertes Kranken- und Sterbekassenwesen geht es überhaupt nicht mehr. Wir sind es uns selbst schuldig, ein solches zentralisiertes Kranken- und Sterbekassenwesen zu erhalten und wollen hier die hauptsächlichsten Mängel, welche die bestehenden Lokal-Krankenkassen aufzuweisen haben, in aller Kürze erwähnen. Dem Maurer, welcher keinen festen Gewerbe- und Wohnort hat, kann es passieren, daß er in einem Jahre vier- bis fünfmal und sogar öfter noch gezwungen ist, beim Wechsel des Aufenthaltsortes einer totalen Unterbrechung des Krankengeldes; er muß also ebenso oft sich ärztlich untersuchen lassen und ebenso viel Mal das übliche Eintrittsgeld zahlen. Nun treten aber Fälle ein, welche es dem älteren Arbeiter beim Ortswechsel unmöglich machen, sich Abochaupt noch gegen Krankheits- und Sterbefälle zu versichern. Jede Krankenkasse hat in ihrem Statut eine Altersgrenze für die Aufnahmenden bestimmt; kommt es also vor, daß ein älterer Arbeiter gezwungen ist, den Ort, wo derselbe 20 bis 30 Jahre zur Krankenkasse beigetreten hat, zu verlassen, so kann derselbe nirgends mehr Mitglied werden, er ist trotz aller gesetzlichen Bestimmungen nur noch auf die Zwangskassen angewiesen.

Die Idee, unsere Krankenkasse aufzulösen, ohne dafür etwas Besseres zu schaffen, kann nun wohl keinem denkenden Kollegen in den Kopf kommen, und darum machen wir folgenden Vorschlag, den sich auch jede andere große Korporation zu Rathe machen kann, mit der Bitte an die Leser, denselben recht aufmerksam zu verfolgen.

Die am 16. April tagende Generalversammlung muß zunächst beschließen, das Krankengeld auf 18 Wochen zu reduzieren und diesen Beschluß so schnell wie möglich genehmigt zu bekommen suchen, damit hierdurch später die Abgaben der Kasse sich schneller abmindern kann; denn, wohl verstanden — wenn eine Kasse sich auflöst, so hat sie die Verpflichtung, so viel Geld zurück zu behalten, um die letzten Kranken so lange unterstützen zu können, bis sie das hatungemäße Krankengeld bezogen haben, also im vorliegenden Falle ein Jahr lang, oder bis sie gesund geworden sind. Sobald der eben erwähnte Beschluß in Kraft getreten ist, hat die Zentralverwaltung nur noch mit 18 Wochen für alle solche Kranke zu rechnen, die von diesem Augenblicke an sich krank melden. Hiernach kann alsdann die Zentralverwaltung schon ungefähr feststellen, wie viel Geld sie braucht, um alle Kranken zu befriedigen (denn es kommen hauptsächlich die Einzelmitglieder als Kranke in Betracht), und wie viel Krankengeld für die Mitglieder übrig bleibt bei Auflösung der Kasse. Ferner muß auf der Generalversammlung beschloffen werden, einen Verband für organisirte lokale Krankenkassen und Sterbekassen der Maurer Deutschlands in's Leben zu rufen.

Nennen wir diesen Verband z. B.: Verband der Lokalen Kranken- und Sterbekassen der Maurer Deutschlands. Dieser Verband verlost den Zweck, die Freiwilligkeit unter den Mitgliedern der diesem Verbande angehörenden lokalen Krankenkassen und Sterbekassen herzustellen. Jede Lokalkasse, die diesem Vereine angehört, hat z. B. pro Mitglied und pro Quartal pränumerando 10 M. an den Verband abzuliefern, wofür die Verwaltung und die Abhaltung von Versammlungen der demselben angehörenden Lokalkassen geleistet wird.

Jedes Mitglied einer solchen, dem Verbande angehörenden Kasse kann ohne Weiteres in jede andere Verbandskasse ohne ärztliche Untersuchung, ohne Eintrittsgeld und ohne Unterbrechung des Alters mit vollen Mitgliedsrechten übertreten, wodurch die volle Freiwilligkeit wie bei der bisherigen Zentralkasse hergestellt ist.

Alsdann muß beschloffen werden, ein einheitliches Statut, welches die nötigen Bestimmungen für den Verband enthält und als Statut für sämtliche jetzigen örtlichen Verwaltungsstellen gelten kann, auszuarbeiten; mit dieser Arbeit muß der Zentralvorstand beauftragt werden, worauf alsdann die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen ist.

Jetzt gilt es für den Vorstand zunächst, für Hamburg, Altona ein lokales Statut genehmigt zu bekommen; alsdann müssen Statuten für jede örtliche Verwaltungsstelle beschafft

Schlag zu nehmen suchen und dadurch den Verfall beschleunigen. Natürlich wird derselbe um so schneller und heftiger erfolgen, wenn diese letzteren Bestandtheile nicht nur, wie beim Schießpulver, beigemischt, sondern chemisch vereinigt sind, also in den nächsten Theilen des Körpers enthalten sind; wie z. B. das Phosphor in Dynamit, das als verbrennbarer Körper den Sauerstoff der Salpetersäure an sich reißt und damit Kohlen-, Kohlenoxydgas (Kohlenbrenn) und Wasserdampf bildet, während der Stickstoff entweicht. — Sind die entzündenden Bestandtheile nur Gase, die an sich schon einen mehrere hundert Mal größeren Raum als die ursprünglichen Sprengstoffe einnehmen und durch die entwickelte Hitze stark ausgedehnt werden, so ist begreiflich, daß der Sprengstoff sich bei seiner Explosion mit großer Geschwindigkeit und Heftigkeit auf das mehrtausendfache Volumen ausdehnt, daß er dabei Alles, was im Wege ist, mit großer Gewalt bei Seite schiebert, und zwar um so heftiger, je schneller die chemische Zersetzung, je schneller also die Ausdehnung erfolgt. Um so heftiger wird also ein Sprengstoff wirken, je größer die Ausdehnung ist, die bei seiner Zersetzung erfolgt und je größere Hitze dabei entsteht wird; aber auch um so heftiger, je schneller die Zersetzung erfolgt.

Bei den benutzlichen Sprengmischungen, bei denen die chemische Zersetzung (Verbrennung) nur langsam erfolgt, wird sich daher noch gar keine Explosionserscheinung zeigen. Die Sprengstoffe, bei denen die Entzündung auch noch verhältnißmäßig langsam erfolgt — wie auch bereits in nicht mehr wahrnehmbare kurze Zeit — wie Schießpulver, wählen sich von der Umgebung die schwächste Stelle zum Fortschleudern aus und schleudern daher, im Geschloß des abtreibenden, die Regel fort, während die schneller explosiblen Stoffe, wie Dynamit, ohne Ausnahme die ganze Umgebung zertrümmern und fortzuschleudern, da bei der außerordentlichen Geschwindigkeit ihrer Detonation die leicht bewegliche Luft genau ebenso Widerstand leistet, wie Stein und Eisen; dieser schnell wirkenden Gewalt

gegenüber verschwinden alle Unterschiede von fest und locker, ähnlich wie auch der kurze Dauer des Aluges gegenüber alle Unterschiede der Bewegung verschwinden und beim Reuhen des Aluges der schnellfließende Eisenbahnzug ähnlich scheint. Eine Dynamitpatrone, auf die Eisenbahndamm gelegt, zertrümmert dieselbe und zerstreut den Eisenbahndamm, während eine viel größere Pulvermasse in diesem Falle ungeschädlich verpuffen würde; Schießpulver wirkt nur, wenn es eingeschlossen ist. Solche heftig wirkende Sprengstoffe nennt man dann "brillant", die Explosion, wenn sie unter heftigem Knall erfolgt, eine "Detonation". Die brilliantesten Sprengstoffe, wie Chordit, Schießpulver, salpeterminer garmittet, sondern zermahlen ihre Umgebung. Im Dynamit ist man schon ziemlich an die Grenzen des Erreichbaren gelangt, und die Entdeckung noch bedeutend kräftiger Sprengstoffe ist unwahrscheinlich.

Am Schluß wollen wir noch einen kurzen Ausblick darauf werfen, mit welchen Vortheilen und wieviel die künftige Kriegskunst beglückt wird. Zunächst ist hierüber zu verhandeln, daß eine ganze Anzahl Waffen vom Bitterkeit getrieben ist und nicht angewendet werden soll, wie z. B. Sprengminen, explosiblen Flintenpatronen (wie man sie übrigens bei der Telegraphen- (Jagd ammen), ebenso vergiftete Waffen usw. Nur hat sich leider bisher nicht gezeigt, daß eine kriegerische Macht, wenn sie in die Lage getrieben ist, sich den Verlust um die Confer-Konvention und um das Bitterkeit fähmirt, wie dies ja immer mit Beschloffen der Fall ist, deren Durchführung zu erzwingender der Beschlüsse keine Macht hat. Wenn also nicht andere Gründe dagegen sprechen, so wird das Bitterkeit kaum den Kriegsführenden abhalten, z. B. vergiftete Waffen zu führen. Wir haben dann, abgesehen von einer immer weiter gehenden Veredelung der jetzigen Waffen: Flinten, Kanonen, Torpedos und Minen, noch grauenhafte neue Vorwaffen zu gewärtigen, besonders für den Nahkampf (Straßenkampf in feindlichen Städten usw.).

Ich denke dabei zunächst an die Eigenschaften dieser Körper, wie z. B. flüchtiger Phosphorwasserstoff, an der Luft sich von selber zu entzünden, und auch, selbst in geringen Mengen, anderen brennbaren Stoffen, wie Petroleum, beigemischt, denselben die Eigenschaften der Selbstentzündlichkeit zu verleihen. Solches mit Suren von Phosphorwasserstoff selbstentzündlich gemachtes Petroleum, aus starken Druckpumpen (Feuerpumpen) geschleudert, würde ein feindliches Heer mit einem geradezu verheerenden Feuerregen überhäuschen können.

Eine weitere, noch grauenhaftere Waffe, besonders geeignet zur Sperrung von Rissen, Straßen usw., wären die Stinkstoffe. Es giebt eine Reihe chemischer Körper, die — neben hoher Giftigkeit — einen so gräßlichen Geruch besitzen, daß Niemand es in einer Luft aushalten kann, der nur ganz geringe Spuren dieser Stoffe beigemischt sind. Von Mercapton wird noch 1 Milligramm gerochen. Der schrecklichste aller derartigen Stoffe wäre das Katoxy (heißt das Schmelzende), eine außerordentlich giftige Weizenkleberbindung, die, schon in ganz geringen Mengen der Luft beigemischt, Ubel und heftiges Erbrechen erregt, und daher in künftigen Tagen zur Sperrung von Engpässen und Beherrschung fliehender Feindeschaaren eine Rolle spielen dürfte. (Der Chemiker, der Katoxy bereitet hat, ist sicher, mindestens sechs Wochen lang aus allen Lokalen, in denen sich Menschen aufhalten, hinauszuwerfen zu werden, — wegen des Pestgeruchs, den seine Kleider ausströmen!) Noch weiterhin, wenn die Verrohung der Menschheit durch den Militarismus und seine Kräfte noch weiter fortgeschritten, wird man vielleicht zu den Krankheitserregern, den Bakterien, als Waffen greifen und Tod und Verderben durch sie zu verbreiten suchen. — Wie man sieht, auch die Kriegskunst ist noch vieler "Fortschritt" fähig! Doch damit genug für heute: Dynamit, Torpedos, Phosphorwasserstoff und Katoxy, das wären vielleicht die Stappen künftiger Entwicklungspfade der Kriegskunst!

Beamten körperlich mißhandelt, Geschäftsbücher zerrissen, Kohlen- vorräthe und Gebäude angezündet. Leute, die in den Berg- werken gearbeitet hatten, wurden aus ihren Häusern geholt, vor Tausenden von Menschen mißhandelt und durch die Straßen geschleift. Hervorragende Arbeiter mußten öffentlich, zum Theil schriftlich versprechen, nicht wieder in Arbeit zu treten. In den nächsten beiden Tagen wiederholten sich diese Angriffe in den verschiedenen Gegenden Portugals, Lancashire und Derby- shire in noch weit größerem Maßstabe. Die gewaltthätigen, das Land durchziehenden Haufen von Tausenden von Kohlengräbern bewiesen eine kaum zu be- wertende Disziplin. Bei verschiedenen Bergwerken trafen sie nur einige Minuten, bis der erschrockene Arbeitgeber der zu ihm gesandten Abordnung schriftlich das Versprechen gegeben hatte, von jeder auch nur geringsten Arbeit in seinem Bergwerke für die ganze Dauer des Ausstandes abzusehen. Andere Berg- werke, deren Arbeiter oder Direktoren weniger beliebt sind, mußten schon Stunden vorher, was ihnen drohte, denn laut und vernehmlich empfang die Masse von ihren Führern die Be- fehle. So konnten die Direktoren von Lord Fitzwilliams Berg- werken geraume Zeit vor dem Eintreffen der Massen ihre Be- zehnten und einige Tausend Pöbeln versammeln und die Sturm- glocken zischen, die wohl keine Hilfe, aber Tausende von neu- ergründeten Zufahren herbeiführten, bevor die Masse der Auf- stürmer eintraf. Hier, wie an demselben Tage in anderen Berg- werken, konnte eine große Zahl von Angestellten des Bergwerks und von Pöbeln nur gerade den Theil der Gebäude sichern, in dem sie sich selbst befanden. Die übrigen Gebäude wurden von der Menge zerrümpelt und in Flammen gesetzt. Daß die aus Wege liegenden Gasthäuser gezeugen wurden, dem durch- zehrenden Massen ohne Bezahlung die gewöhnlichen Getränke zu verabreichen, daß die dem Zuge begegnenden Bier- und Getreide- wasserwagen ohne Entgelt geleert, daß Obdienten beraubt wurden, erscheint kaum der Erwähnung werth in Tagen, wo die Polizei so schwach war, um sich der andauernden Forderung und Niederbrechung von Gebäuden zu widersetzen. Von eigen- thümlicher Veränderung in größerem Maßstabe, von Mord und Tod- schlag hat sich die Menge freigeschaltet. Der einzige Anschlag auf das Leben von Menschen wurde in dem genannten Berg- werke am 7. September unternommen, indem die Menge schwere Geschosse in den tiefen Schacht schleuderte, um etwa unten ankommende Menschen zu tödnen. Der Anschlag mißlang, da die Arbeiter kurz zuvor durch des Arbeitgebers Fürsorge aus dem Bergwerke entfernt worden waren.

Die Tage vom 5. bis 7. September 1893 sind so be- rühmt an Gewaltthätigkeiten der ausführenden Massen, daß es ein Studium erfordert, festzustellen, wie oft Uebertritte der Gewerkeereignisse geschahen. Häuser zer- bröckelten, militärische Hilfe herbeigeholt, die Auftragskräfte verließen, die Polizei von den Massen gefürchtet worden ist. Die Gewalt- thaten der Massen gipfelten in dem Angriff auf das von 26 Soldaten unter einem Kapitän besetzte Bergwerk des Lord Ashmun an der Frontonone am Abend des 7. September 1893. Von 7 Uhr Abends bis Mitternacht war — öftlich um 8 Uhr die Auf- rufkräften verließen wurde — eine Menge von etwa 3000 Per- sonen Herr des Bergwerks, dessen neue und festere Gebäude und Maschinen niedergebrennt wurden. Die von den Soldaten schließlich abgegebenen Säbel löseten mehrere Personen das Leben.

Die Ruhe wurde nun bis zum Ende des Ausstandes nur durch ein ganz bedeutendes Angebot von Polizei und Militär angesetzt erhalten. In Barnsley allein, das sonst keine Garnison hat, lagen fortan 800 Mann Infanterie und Kavallerie. Auf dem Wege in der Mitte der Stadt war ein großes Gebäude zur Hauptkassette eingerichtet. Die gefährdeten Kohlenbergwerke blieben von nun an bis zum Ende des Ausstandes mit je 20 bis 30 Mann Militär oder Polizei Tag und Nacht besetzt. Kein Arbeiterführer oder Arbeiter hat zu behaupten gewagt, daß diese Maßregeln überflüssig seien.

Die Massen haben auch solche Gebote des Gewerkevereins durch Gewalt zu verwickeln gesucht, deren Innehaltung dem Keinen Wanne nicht so ohne Weiteres als eine Pflicht des An- standes erscheinen muß. Am 14. Tage vor dem 28. bezw. 25. Juni die Kohlenbergwerksbesitzer den Arbeitern die alten Bedingungen aufzublättern, schloffen sich einige der Kohlenwerksbesitzer von dieser Maßregel aus und füigten nicht, sondern erklärten, zu den altenöhnen fortarbeiten zu wollen. Dessenungeachtet erging an ihre Leute der Befehl des Gewerkevereins, außer Arbeit zu gehen. Der Letztere beabsichtigte nämlich, den Kohlen- vorrat auf dem Werke so viel wie möglich zu verringern. In einem kleinen Kohlenwert in Derbyshire arbeiteten die Arbeiter, die wohl nicht zu dem Gewerkeverein gehörten, ruhig zu den altenöhnen fort. Die Folge war, daß am 5. September Vormittags eine Menge von etwa 1500 mit Knäueln bewaffneter Männer vor dem Bergwerk erschien und durch eine Abordnung Auslieferung der Arbeiter vom Besitzer verlangte. Dieser aber hatte zuvor aus Vorlicht die Arbeiter entlassen und konnte nun erklären, daß Niemand im Bergwerk thätig sei. Das be- friedigte die Abordnung insofern nicht, und der Besitzer mußte die Mitglieder in den Schacht hinabsteigen lassen wo sie sich selbst davon überzeugten, daß Niemand gegen das Gebot des Gewerkevereins an der Arbeit sei. Nachdem die Mittel des Gewerkevereins ausgegangen waren, wurde den Werken er- laubt, zu den altenöhnen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Obgleich hinfirt das Land mit Polizei und Militär dicht besetzt wurde, hüteten sich die Arbeiter wie die Arbeiter, gegen die gefährlichen Un- und un- geschicklichen Gesetze des Gewerkevereins zu ver- zehren. Die abdringenden Unruhen, die sich noch im Oktober ereigneten, beruhten lediglich auf irrthümlichen Nachrichten, die die Menge erhalten hatte. Das war z. B. bei dem Wood- hill zu Wigan, in Lancashire, der Fall, der am 18. Oktober von 150 Kohlenarbeitern zu Fuß und 12 zu Pferde gegen eine an- nähernde Menge von ungefähr 6000 Mann vertheidigt werden mußte.

Einer der bedeutendsten Kohlenindustriellen Portugals sollte mir gegenüber sein Urteil dahin zusammenfassen: Die Ge- werkevereine sind die größte Tyrannei, die man sich überhaupt denken kann. Und allerdings ist es ein sonderbares Bild, das der unorthodoxe Brodarbeiter während dieses Ausstandes von der britischen Freiheit gewinnen mußte. Die Freiheit zum Un- rechtigen — Engen und Wemmen nicht ausgenommen — ist nicht reichlich, die Freiheit, als ruhiger Bürger dem Gesetze gemäß und gegen gleichwürdige Un- und Eingriffe geschützt zu leben, ist zu selten und gering. Das Land ist dem Willen der Menge und doch immer Tausende von Arbeitern, um ihre Kameraden und ihre Familien von ihren Familien wegzurufen und

draußen öffentlich durchzuwerfen. Der britische Arbeiter schädigt, so kann man oft lesen, das Kapital, das ihn ernährt, und doch haben Behnauende zusammengerufen, um Maschinen zu zer- stören und Bergwerke abzubauen.

So Rudolf Martin. Die Herr Dr. Max Fische und Genossen, wie gefällt Ihnen diese Harmonie zwischen Kapital und Arbeit? Die Ihre Gewerkevereine nach- ahmen sollen?

Martin schloß seine Betrachtungen wie folgt: Wir haben im Verlauf unserer Untersuchung, daß der gegenwärtige Zustand in einer der entwickeltesten britischen In- dustrien nicht weniger als ein Idioten ist. Wir haben, daß dieses fampfbereite Gegenübersehen organisirter Gruppen der Arbeit und des Kapitals zum Mindesten neben den Nicht- auch schmerzhaften Schattenseiten für die Nation ist. Wir haben, daß das Dasein, was in Deutschland so oft als der soziale Friede Englands angepriesen wird, nicht selten den richtigen Namen „sozialer Krieg“ verdient. Nach alledem bilden wir mit weniger Weid und weniger Bewunderung auf England und hoffen gern, daß uns die hier geschilderten Ausartungen der Arbeiterbewegung ganz erspart bleiben mögen.

Nun, bis heute sind derartige „Ausartungen“ in Deutsch- land noch nicht vorgekommen. Die organisirte Arbeiterkraft hat sich in ihren Kämpfen mit den Unternehmern stets auf durchaus geselligem Boden bewegt. Nichtsdestoweniger — (oder vielmehr eben deshalb?) — haben die sogenannten „Ordnungsparteien“ den erwiderten Muth, beständig die Unterdrückung der Arbeiterkoalition, die Ver- nichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter, die Knebelung der Massen zu fordern. Es scheint, daß diese „Ordnungspartei“ glaubt, Schindler treiben zu können mit der Summthätigkeit der deutschen Arbeiter. Nur zu diese Summthätigkeit könnte einmal ein Ende nehmen! Das sollen die „Ordnungsparteien“ bedenken.

Situationsberichte.

Mann.

Reinhardt. Am 2. März tagte die regelmäßige Mit- gliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutsch- lands, hiesige Reinhardt. Vor Eintritt in die Tagesordnung mußte ein neuer Schriftführer gewählt werden, da der Neu- gewählte durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. Die Wahl fiel auf den Kollegen Käth. Der Bevollmächtigte hielt zunächst eine kurze Ansprache an die Versammelten, in welcher er den Werth unserer Organisation betonte. Sodann verlas der Kassirer die verübte Abrechnung pro Februar, welche für richtig be- funden wurde. Hierauf berichtete Kollege W e h r e s im Auf- trage der Lokalkommission über die Verhandlung mit der letzten Reichskommission, in welcher leider nichts erzielt worden ist. Mehrere Redner betonten, daß die wirtschaftliche Lage in ganz Deutschland eine sehr schlechte sei und daß wir daher, um unserer Organisation nicht zu schaden, uns mit den Reichern auf ähnlichem Wege zu vereinbaren hätten, während andere Redner sich im entgegengekehrten Sinne ausprägten. Schließlich wurde mit 22 gegen 20 Stimmen beschlossen, für den alten Lohnsatz weiter zu arbeiten. Im Punkt „Verdickens“ wurde die Lohn- kommission beauftragt, dafür einzutreten, daß die Reichler die Lohnsätze drücken lassen, wie es bisher gewesen ist. Ferner wurde beschlossen, im „Grundstein“ bekannt zu geben, daß der Bezug wieder freigegeben wird. Nach Erledigung einiger Vereins- angelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

Bremen. Am 28. Februar fand die regelmäßige Mit- glieder- versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, hiesige Bremen, statt. Zu der Frage: Wie verhalten wir uns zu der neunhändigen Arbeitszeit? wurde zunächst von G u s s e hervorgehoben, daß schon von verschiedenen Gemein- schaften im Kartell in Anregung gebracht worden sei, wie wir am besten darnach hingearbeitet werden könne, die neunhändige Arbeitszeit zu erreichen und die Kartellkommission ihre Mit- glieder beauftragt habe, dieses Thema in ihren Mitglie- derversammlungen zu debattieren. F i d l sprach sich dahin aus, daß alle Verbandsmitglieder wohl gewillt seien, darnach hinzu- arbeiten, daß solche Arbeitsetzungsverfürgung errichtet werde, in diesem Sommer würde die Durchföhrung dieser Arbeit jedoch schwerlich zu erreichen sein. S c h ö t t n e r wies darauf hin, daß das Kartell aus mehreren Branchen des Baugewerbes zu- sammengesetzt sei, und daß z. B. die Maler und Tischler hier in Bremen schon die neunhändige Arbeitszeit erreicht hätten. Wenn sämtliche Branchen eine einheitliche Arbeitszeit hätten, würde dieselbe viel strenger eingehalten werden. Da nun aber der Arbeitstarif wieder für die Wintermonate nach der Einheits- zeit umgearbeitet werden müßte, wünscht Redner, daß die neun- händige Arbeitszeit für diesen Sommer noch nicht auf dem Tarif bemerkt würde, sonst würden einige Kollegen, die bei Unternehmern arbeiten, wo dieses durchzuführen ist, nur Schaden davon haben, die übrigen Kollegen würden doch gezwungen sein, zehn Stunden zu arbeiten. Wenn wir die neunhändige Arbeits- zeit erreichen wollten, müßte es sich ein Jeder zur Pflicht machen, unsere Organisation zu fördern und dafür zu agitieren, daß jeder in Bremen beschäftigte Maurer dem Verbands angehöre, damit wir im Stande seien, den Unternehmern energisch ent- gegen zu treten, dann würden wir auch die Beförderung der Arbeitszeit erringen. Nachdem diese Ansicht noch von mehreren Kollegen bekräftigt worden war, Redner W e g e n e r den Antrag, diese Angelegenheit dem Kartell zu überweisen. Die Versamm- lung stimmte dem Antrage zu. Hierauf wurden die Kollegen K o r t und R a t h m a n n als Kontrolloren gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte dann Schluß der Versammlung.

Darmstadt. Mitglie derversammlung am 27. Februar. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt war, schilderte Herr W i l t e in seinem Vortrage über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen das Leben auf der Landstraße, daß diese durch die unglücklichen Arbeitsetzungsverhältnisse immer bevölkert werde und tabelle die Hoff- und Begehungen auf den Beschäftigungssituationen. Abhandeln be- sprach der Redner die Arbeitszeit und die Arbeitslosigkeit, sowie die Ernährungswelle der Arbeiter, daß durch diese die jüngere Generation immer schwächer werde als die vorhergehende. Der Vortrage besaheleste abhandeln die Unternehmerrände, warum dieselben gegründet sind und was die Arbeiter davon zu hoffen haben. Hierauf unterzog er noch die Zuschauenden einer Kritik. Mit dem Hinweis, daß nur durch eine feste Organisation etwas erreicht werden könne und der Warnung, daß jeder, der bezwecken angeht, auch die Pflicht habe, mit

allen Kräften für die Organisation zu agitieren, schloß der Redner seinen Vortrag. Abhandeln sprach in der Diskussion Kollege S t a m m e s noch im Sinne des Vortrages über die Verhältnisse der Arbeiter und weshalb die Organisation so schwach wäre, sowie über die Beschäftigungen, die gegen dieselbe aus- geübt würden. Im „Verdickens“ machte Kollege S t a m m e s bekannt, daß am nächsten Montag eine öffentliche Maurer- versammlung stattfinden werde. Nachdem der Fragebogen er- ledigt worden, wurde die auf besuchte Versammlung geschlossen.

NB. In dem vorigen Bericht vom 18. Februar muß es statt: zum Bevollmächtigten Drilkebau mit 20 Stimmen, 20 Stimmen heißen.

Rüneburg. Am 28. Februar tagte die regelmäßige Mit- gliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe. Nachdem die Auf- nahme einiger Kollegen erfolgt war, erklärte ein eingeladener Kollege, warum er dem Verbands ferngeblieben sei: er führte an, daß es notwendig sei, das Statut in der Weise umzu- ändern, daß diejenigen Mitglieder, welche länger als ein Jahr mit ihren Beiträgen rehten, statt ein ganzes Jahr, nur drei Monate nachzahlen haben und beantragte, dieses auf dem Verbandsstage zur Sprache zu bringen. Ferner sprach derselbe Kollege sich dahin aus, der Verband sei nur das Wort der Ver- treitbaren und habe für die Untertreitbaren wenig Zweck. Was die Reklamationen anbetreffte, so sei dieselbe nur Bapperlapapp; wenn ein Streit oder eine Wohnverdringung ein- trete, dann müßten die Untertreitbaren zuerst aus dem Thore und die Vertreitbaren hätten den Vortzug. Kollege S t a m m e s i wies diese Ausführungen als haltlos zurück und legte dar, daß die vertreitbaren Kollegen das ganze Jahr hindurch begehren und ihre Familien mit demselben Verdienst ernähren, den die ledigen erhalten, wohingegen die Letzteren sich nur allein mit gleichem Verdienst zu ernähren hätten. Wenn der Verband nicht befehle, würden verschiedene Arbeitshäuser mit Mauern überzäunt sein. Gerade die Wanderunterstützung alle hauptsächlich die jüngeren Kollegen in den Verbands, damit sie sich auf der Wander- schaft erhell und rechtlich ernähren könnten und nicht zu betteln brauchen. Es hätte der Verband nicht, dann würden die ledigen Kollegen nicht denselben Lohn erhalten wie die vertreitbaren, und dadurch habe der Verbands einen ungeschätzbaren Werth für die. Sodann theilte Kollege B e r g e d t mit, daß er als Delegirter zum zweiten Verbandsstage gewählt sei. Ferner er- möhnte der Vorsitzende die Lokalkommission, den Lohnstarif bis spätestens zum 15. März an die Reichler einzureichen; zugleich wurde beschlossen, das Gewerke zu nächster Versammlung einzu- laden. Schließlich wurden sämtliche Kollegen ersucht, wegen wichtiger Angelegenheiten in der nächsten Versammlung zu erscheinen.

Gratow. Am 18. Februar hielt die hiesige Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer usw. ihre Hauptversammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurde vom Vor- sitzenden bekannt gemacht, daß eine Sitzwahl zum zweiten Verbandsstage vorzunehmen sei. Die Versammlung wählte wiederum einstimmig den Kollegen K a r l B i t t l i n g aus Barchim. Zum dritten Punkt verlas der Kassirer die Jahres- abrechnung, worauf demselben der Frage ertheilt wurde. Hierauf erfolgte die Wahl der deutschen Verwaltung. Es wurden wieder gewählt: D u a t m a n n als erster Vorsitzender, und S c h u l t z als Stellvertreter; R o s s n als Kassirer, F. S c h u l t z als dessen Stellvertreter und F. S c h u l t z als Schriftführer. Als Neuloren wurden gewählt B i e h, R u s s o n und F. S c h u l t z. Nach- dem dann noch verschiedene innere Vereinsangelegenheiten er- ledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Söding. In der am 26. Februar stattgefundenen Ver- sammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentralverbandes deutscher Maurer war der erste Punkt der Tagesordnung: Wie verhalten wir uns im Verhältnißfall gegen die früheren älteren Kollegen, welche 1892 während des Streits und länger in kleinerer Weise unter einem Unternehmer gearbeitet und insonde- re garnicht mehr arbeitsfähig sind? In voller Ueberein- stimmung wurde angenommen, daß wir den Kollegen die volle Ehre, die uns zu Gebote steht, erweisen. Es sind deren: C. R ö s l e r (Roggen), C. S t r e i h o w, F. W o l l m a n n, A. R e i d o w, S c h r ö b e r, A. C e i l i g (Waldin), G. W ö l k e r, C. F i s c h e r (Roggen). Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Beitragsrückzahlung“, er- folgte in üblicher Weise. Beim dritten Punkt: „Verdickens“, er- kundigte sich Kollege B i e h, als Delegirter zum Verbands- tage, nach den etwaigen Wünschen der Mitglieder in Bezug auf Statutenänderungen. Da Niemand eine Änderung für wünschenswerth hielt, folgte Schluß der Versammlung. — B e r- richtigung: In Nummer 8 dieses Blattes ist ein Stichum vorgekommen; es muß nicht Carl Sant, sondern Carl Sant heißen.

Söding. Am 26. d. M., Nachmittags 4 1/2 Uhr, tagte in der hiesigen Maurerbergstraße die Mitglie derversammlung des Verbands der Maurer und verwandten Berufsgeuollen. Neue Mitglieder ließen sich nicht aufnehmen und wurde daher zur Wahl der deutschen Verwaltung geschritten. Die Wahl erfolgte ver- einmüthig und wurden gewählt: zum Bevollmächtigten B. B a r k h a n n, als dessen Stellvertreter: B. S c h w a b i o w; als Kassirer F r i t z G e n s c h e, als dessen Stellvertreter C. V o l d u a n; als Schriftführer G. R e i t h a m m e l; als Neuloren wurden gewählt: F. S c h w a b i o w, A. R a a s und F. R e u m h a z. Sodann erfolgte leitens des Vorsitzenden die Verteilung der Statistk und legte er den Mitgliedern klar, daß es nicht schon sei, sich so leicht an der Statistk beteiligen zu haben. Statistkblätter waren von 60 ausgegebenen 12 Stück eingegangen. Es ist also zu ersehen, daß die Mitglieder sich leicht an der Aufstellung beteiligen haben. Hauptächlich wurde leitens der Kollegen die wöchentliche Ausgabe geteilt, welche aus der Mitte der Mitglieder aufgestellt war, und gesagt, daß davon Keiner leben könnte. Abhandeln wurde einstimmig be- schlossen, die Mitglie derversammlung von jetzt an jeden Sonntag nach dem 16. Nachmittags 4 Uhr, stattfinden zu lassen. In der Fragebeantwortung wurde leitens des Kollegen B a r k h a n n noch einmal die Laubit an der Versammlung hervorgehoben und erwidert, daß dies die alten Mitglieder erkennen, wo hin- gegen es doch notwendig wäre, daß bei der jetzigen Jahreszeit, wo jeder Kollege Zeit hätte, die Versammlung zu besuchen, die Beteiligung eine bessere sei, damit man uns die erzugenen Vorteile nicht so leicht wieder nehmen könne. Mit einem Wahrspruch an die Kollegen, daß sie zum Verbands zu halten, schloß sodann der Vorsitzende die Versammlung.

Lesmo. Am Montag, dem 15. Februar, fand die regel- mäßige Versammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentral- verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeuollen statt. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurden gewählt:

